

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 90.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 1907.

Zweite Ausgabe

Dienstag, 23. Februar 1904.

Verleger: Carl Schöningh, Halle a. S., Leipzigerstr. 87. Hinterhaus.
Telephon Nr. 66. Eingang Nr. Braunschweig.
Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87. Hinterhaus.
Schiffstr. 10. Dr. Walter Göttsche in Halle a. S.

Verleger: Carl Schöningh, Halle a. S., Leipzigerstr. 87. Hinterhaus.
Telephon Nr. 66. Eingang Nr. Braunschweig.
Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 8.
Telephon-Nr. 11494.
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 23. Februar.

Die **Mißstände im Submissionswesen** sind schon vielfach besprochen worden. Insbesondere ist nicht zu leugnen, daß darunter das Handwerk am meisten zu leiden hat. Wie gewöhnlich aber auch die liberalen Handwerker-Fremde" die Handwerksmeister für die Kolonialisten allein verantwortlich zu machen. Man wirft den Handwerkern vor, sie verständen nicht zu rechnen und hätten das Bestreben, bei Submissionen einander zu unterbieten, gleichviel ob dabei Schäden herauskommen. Dieser Vorwurf ist unberechtigt, und es verdient Anerkennung, daß ein Industrieller, der Fabrikbesitzer Johannes Müller in Berlin, in der Zeitschrift „Inlandischer Wettbewerb" die Partei der Handwerker ergreift. Wie der genannte Verfasser bemerkt, ist es allerdings richtig, daß es die Handwerker vielfach an einer genaueren Berechnung der Kosten bei den Submissionsangeboten fehlen lassen. Dies ist aber nur eine Folge davon, daß die Handwerker mit der Zeit und auf Grund ihrer bei den Submissionen gemachten Erfahrungen zu der Anschauung gekommen sind, daß alles genaue Rechnen nutzlos sei, da ja doch in den allermeisten Fällen nur Angebote mit zu niedrigen Preisen den Zuschlag erhalten, wie sie bei genauerem Rechnen sich gar nicht rechtfertigen lassen. Gerade deshalb wird zumeist nur ganz oberflächlich gerechnet und hauptsächlich nur geschätzt. Es ist kein Wunder, wenn der Handwerker gleichgültig wird und gegen das Berechnen abtunmt, da er ja doch sieht, daß er damit nicht zum Ziele kommt.

Bei **Ausreibungen von Materiallieferungen**, wobei eigentlich nur Handel und Industrie in Betracht kommen, sind die Unterlagen meist nicht derart, daß sie die Ausschreibungen von Handwerkerleistungen gestatten. Dort ist das zu liefernde Material in Quantität und Qualität genau beschrieben und womöglich durch Muster festgelegt; hier sind die Anforderungen ganz allgemein gehalten, etwaige Zeichnungen ungenau und im kleinsten Maßstabe angefertigt, so daß den Submittenten stets ein ganz erheblicher Spielraum bleibt. Wirklich exakte Unterlagen fehlen fast allgemein und daher greift das Unterbieten und damit ein stetiges Verabgehen der Güte der Leistungen Platz. Der Verfasser fordert darum mit Recht, daß alle zur Ausreibung gelangenden Gegenstände auf das Meistgenauere dargestellt und beschrieben und möglichst durch Zeichnungen in natürlicher Größe erläutert werden. Je präziser und vollkommener die Submissionsunterlagen beschaffen sind, desto besser für das ganze Handwerk, das alsdann instand gesetzt sein wird, die tatsächliche Mindestleistung der Leistungen zu berechnen. Erwünscht wäre zu diesem Zwecke die Heranziehung von Sachverständigen bei Herstellung der Submissionsunterlagen.

Außerdem wäre zu wünschen, daß die Lieferfristen verlängert werden könnten. Jetzt wird oft der Termin der Ablieferung ausgeführter Gegenstände gerade um so weit hinausgerückt, wie dies zur Verhütung unbedingt erforderlich ist. Das ist grundverkehrt und schädigt beide Teile. In solchen Fällen müssen ja alle Submittenten sich für die Eventualität des Zuschlages zu entscheiden, doch bis am Tage des Zuschlages ist zu keiner anderen Arbeit verpflichtet haben, um dann den schleimigen Submissionsauftrag fristgerecht erledigen zu können. Dann hat aber von diesem Termine ab nur der eine Unternehmer seine Werkstatt beschäftigt, der den Zuschlag erhält, alle anderen müssen sich erst wieder nach Aufträgen umsehen; denn es leuchtet ein, daß ohne Aufrechterhaltung fester Liefertermine sich zwischen von anderen Bestellern Aufträge nur selten erreichen lassen. Da die viel zu kurz bemessenen Fristen fast allgemein die Regel bilden, so kann ihr der gerechtfertigte Vorwurf nicht überlegen, welche unerwünschten Zustände, welche Unflammen von Verlegenheit, Verdruß und Verwirren den Submittenten aus dieser unglücklichen Gepflogenheit der zu kurzen Lieferfristen bislang erwachsen sein mögen. Jede Verletzung in dieser Hinsicht schädigt das Handwerk und auch die Verwaltung.

Die Befestigung der **Mißstände im Submissionswesen** wird man daher nicht dem davon am härtesten betroffenen Handwerkserfanden allein überlassen dürfen, sondern es wird ein jeder hierbei mithelfen, welcher es als eine Aufgabe des Staates und der Kommunen ansieht, daß alle öffentlichen Gebäude und derartigen Einrichtungen durchaus muftergültig durchgeführt, vollständig solid und rationell hergestellt werden, damit sie als Maßstab und als nachahmenswertes Beispiel für die Einrichtungen des Privatmannes wirken können. Eine solche Verwendung der öffentlichen Gelder ist nicht nur höchste Sparmaßnahme im wahren Sinne des Wortes, sondern auch von volkserzieherischer, von hoher sozialer Bedeutung.

Eben bei der Bemittlung öffentlicher Gelder sollte — so meint der Verfasser — energisch darauf eingewirkt werden, daß nicht durch falsche Sparmaßnahme, durch Verkürzen der erforderlichen Gehaltsmittel, die Ausführung solcher Bestrebungen von vornherein erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht wird. In dieser Beziehung sollten auch die Handwerker auf Gemeinde- und Staatsabgeordnete mehr als bisher einzuwirken suchen. Schließlich erinnert sich der Verfasser dahin, es empfiehlt sich vor allem, energisch dafür zu wirken, daß durch richtige Unterlegen, durch Beschreibungen mit genauer Angabe aller Details, durch erschöpfende Bekämpfung die Grenze

der geforderten Mindestleistung so exakt festgelegt wird, als nur irgend erreichbar, ferner, daß bei der Abnahme durch zuverlässige und sachverständige Organe streng durch geprüft wird, ob die Ausführung mit den Unterlagen völlig übereinstimmt. Auf diesem Wege dürfte der schädlichen Unterbietung und der Unsolidität am sichersten begegnet werden und andererseits das schädlerische nicht entbehrliche Submissionswesen in gesunde Bahnen gelenkt werden. Die Vorkämpfer des Herrn Müller verdienen nach unserem Dafürhalten hohe Beachtung.

* **Die Kanakvorteile.** Wie wir aus besser Berliner Quelle erfahren, werden die in der Thronrede angeführten wasserwirtschaftlichen Vorlagen im preussischen Landtage Anfang März eingebracht werden. Graf Hilow betreibt das Zustandekommen der Vorlagen, namentlich der zum Schutze gegen Hochwasser persönlich. Die Verögerung ist darauf zurückzuführen, daß man die Vorlagen und ihre Begründung auf die Verständigung zwischen der Regierung und den staats-erhaltenden Parteien aufschob.

* **Vereinfachungen im Güterverkehr.** Auf Einladung des Ministers der öffentlichen Arbeiten sind, wie die „Nordd. Allg." meldet, die Kommissare der sächsischen Bundesregierungen und der sächsischen Regierung mit den Vertretern der Reichsbahnverwaltung zu einer Beratung über Vereinfachungen in der Leitung des Güterverkehrs zusammengetreten. Im Auftrage des Ministers begriffen Staatssekretär Nieck die Erschienenen und legte Vermittlung und Ziel der von Preußen angeregten Beratungen dar. Die Leitung des Güterverkehrs habe von jeher besondere Schwierigkeiten verursacht. Man klage über zu weit getriebene Zersplitterung der eigenen Linien und über maßlosen Wettbewerb zwischen den Staatsbahnen, ja über Vergewaltigung der Schwächeren durch die Stärkeren. Wenn auch solche Vorstellungen übertrieben seien, so werde man doch nicht verkennen können, daß die Vereinfachung, ja auch eine Vereinigung auf diesem schwierigen Gebiete anzustreben sei. Eine Nachprüfung der Vereinbarungen über die Leitung des Verkehrs erhebe daher wohl angebracht. Als Vertreter des größten Staatsbahnbetriebes glaubte der Minister die Anregung zu einer solchen gemeinsamen Prüfung über eine wirtschaftliche, allgemein nützliche Verkehrsleistung unter den deutschen Bahnen geben zu sollen. Die Unternehmung werde dahin zu richten sein, ob nicht unter Einschränkung des Wettbewerbes und durch eine planmäßige Zusammenfassung des vielfach zersplitterten Verkehrs sowie durch die Auswahl der leistungsfähigsten Linien eine wirtschaftlichere Betriebsführung im Interesse aller Beteiligten sich ermöglichen lasse.

* **Das Wilschongesetz.** Die Kommission des Herrenhauses zur Fortsetzung des Wilschongesetzes nahm den § 1 unbedenklich an; im § 2 wurde die Schenkung für einmündiges Recht nicht bis auf den 31. Juli verlängert. Der Schluß der Sitzung für die nächste Woche auf den 15. Mai verlängert, doch soll sie der Begründungssatzung noch am 14. Tage verlängern oder vertagen können.

* **Südwestafrica.** Der Gouverneur Oberst Leutwein meldet unterm 22. Februar, daß in dem Telegramm vom 17. d. M. über das Verhalten der Kommando der Kräfte infolge ein Verstum vorzukommen ist, als nicht der Gesandte Senge aus Dessdorf, sondern der Gesandte Haanke aus Sachsenfeld (Sachsen) schwer verwundet worden ist.

* **Aus Neupommern.** Aus Neupommern (Oceania) meldet der „Münstersche Anzeiger": Aus Frankreichs Land wurden mehrere Weiße von den Eingeborenen ermordet; letztere haben den Dampfer „Ulfo" zerstört. Tot sind Hauptmann und Majorität Toell. Ein Polizeiwachmeister, schwarze Soldaten und Richter Knael (aus Münster gebürtig) sind zur Untersuchung dorthin abgegangen.

* **Einwanderung nach dem Kaplande.** Wie der „Reichsanzeiger" mitteilt, ist von der Kapregierung die Mindestsumme, deren Besitz Einwanderer nachweisen müssen, von 5 auf 20 Pfund erhöht worden.

* **Die Kaiserreise.** Die von der „Sächsischen Zeitung" schon vor längerer Zeit entgegen anderen Mitteilungen behauptet angefangene Mitteilung der Kaiserin, daß sie sich demnächst begibt, wird durch die Kaiserin selbst widerlegt. Die Kaiserin wird sich nach Berlin begeben, legen der Reise keine politischen Absichten zugrunde und keine politischen Hindernisse im Wege. Es handelt sich nur um eine Erholungsreise. Nachdem sich der Kaiser im November und Dezember für den Aufenthalt in freier Luft vielfache Beschränkungen auferlegen mußte, nachdem er im Januar und Februar mannigfachen Pflichten der Repräsentation zu genügen hatte, ist es durchaus verständlich und dem in seiner Pflichterfüllung so gewissenhaften Monarchen von jedem zu können, daß er für einige Wochen unter einem milden Himmelstrich Erholung findet.

* **Vom kaiserlichen Hofe.** Zur Frühstücksstube am Sonntag war geladen Prinz Heinrich Schöningh-Waldborn durch. Nachmittags um 4 Uhr infolgte einem Spaziergang und sprach im Anschluß daran beim Chef des Generalstabes der Armee, Generalmajor Grafen von Schlieffen vor. Zur Abendstunde waren geladen Admiral Freireich von Soden, Admiral und Admiral Büchel. — Montag morgen machte

der Kaiser die geplante Promenade, hatte eine Unterredung mit dem Reichskanzler Grafen von Hilow und führte von 10 Uhr ab die Vorträge des Chefs des Zivilkabinetts Grafen v. Helldorf, Dr. v. Lucanus und der Minister Frhr. v. Rheinbaben, Dr. Studt und Bubbe. Um 12 Uhr empfing er den Oberbürgermeister von Kaiser Wilhelm, den Reichsminister v. Darnstadt und den Stadtbaurat Söppner aus Kassel. — Dienstag vormittag legte die „Sachsenpost" durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal nach Wilhelmshafen. Der Kreuzer „Seydlitz" folgt ihr Freitag nach. Alsdann treten beide Schiffe die Fahrt nach dem Mittelmeer an.

* **Der Kronprinzebisregiment König Friedrich Wilhelm IV. Nr. 4.** hat der Kaiser am 22. Februar seines Bescheidens folgenden Glückwunsch zugesagt lassen:

Ich spreche dem Regiment zu dem heutigen Jubeltage, an dem es auf eine 25jährige ruhmreiche Vergangenheit zurückblickt, meinen Glückwunsch aus. Möge es seinen großen Liebesleistungen immer treu bleiben und wenn das Vaterland seine Bedrängnis haben neue Siegeslorennen erkämpfen.

* **Die Wahlreform in der bayerischen Kammer.** Bei der vorgelagerten Beratung der Wahlreformvorlage am Montag erhielt Wagner, die liberale Partei fürchte weder die relative Mehrheit, noch eine Zentrumsmehrheit, noch die Sozialdemokratie. Der Abgeordnete Johann in längerer Rede die Sozialdemokraten, meinen Glückwunsch aus. Möge es seinen großen Liebesleistungen immer treu bleiben und wenn das Vaterland seine Bedrängnis haben neue Siegeslorennen erkämpfen. Die Sozialdemokraten hätten keine positive Arbeit geleistet, wohl aber dafür geteilt, daß das Zentrum im bayerischen Landtage die Mehrheit erhielt. Die Liberalen dagegen hätten an allen großen freirechtlichen, sozialpolitischen und wirtschaftlichen Gelegenheiten mitgewirkt. Nicht die relative Mehrheit im Gesetz zu gewinnen das Zentrum zu seinen 88 Mandaten noch weitere 12 Sitze dauernd, weil befristeten die Wahlreform vorzuziehen nicht aus heimlicher Mandatsbedürfnis, sondern weil wir die großen Gefahren einer dauernden Zentrumsherrschaft kennen. Abg. Ehrhart (Soz.) polemisierte hierauf etwa 1 1/2 Stunden gegen die Liberalen, die in allen deutschen Bundesstaaten die parlamentarische Demokratie herbeiführen wollten. Die Liberalen bei der nächsten Wahl nicht abzuweichen. Das Volk werde die Liberalen verlassen, weil sie ihm ein freirechtliches Wahlrecht vorkommen. Ministerpräsident Freireich v. Bodolius erklärte: Man müßte dem Ministerium Bodolius die Schuld an allem bei, was bei uns für nicht abzuweichen ist. Bei uns hat der Reichstag im Ministerium keine größere Verantwortlichkeit als seine Kollegen; er kann in die übrigen Reichsteile nicht übergrreifen. Ich habe mich genau geäußert und auch viele Männer gefragt, worin eigentlich meine Schuld bestehe. Aber eine klare Antwort habe ich nicht gefunden. Jetzt wird mir vorgeworfen, daß ich bei einem Besuche, der mir zum Zentrumsgesandten gemacht habe, das Zentrum vollständig kaputt und völlig vergerichtet hätte, daß Bayern ein monarchistischer Staat ist. Ich habe tatsächlich eine Unterredung mit jenen Zentrumsgesandten gehabt; aber an bemeldeten Tage habe ich auch den Abg. Gassenmann um eine Bekräftigung geben. Das ist am Abend einer so wichtigen Beratung doch ganz anders. Abg. Müller (Fr. Wg.) legte dar, daß seine Partei das Gesetz ablehne, da die landliche Bevölkerung gegenüber den Städten nicht hinreichende Berücksichtigung finde. Den Vorschlag von dem Gesetze hätten hauptsächlich die Sozialdemokraten. Die Regierung werde sich jetzt immer mehr vor dem Zentrum. In parlamentarischen Kreisen sei eine noch andere Erklärung in Zusammenhang. Die Weiterberatung wurde auf Dienstag vertagt.

* **Kandidat Abgeordneter.** In Stelle des verstorbenen Abgeordneten Rosenow soll der frühere Abgeordnete Pfarrer Köhler, der auf sein Reichstagsmandat verzichtet hat, wieder als sozialdemokratischer Kandidat im 20. sächsischen Wahlkreise Marienberg-Flöha am aufgestellt werden.

Deutscher Reichstag.

39. Sitzung vom 22. Februar, nachmittags 11 Uhr.

Am Bundesratspräsident: Kräfte.
Nach beendeter Erörterung der Anträge auf Wiedergewinnung der strafrechtlichen Verfolgung der Wg. Kräfte (Kräfte), Kräfte (Kräfte) und Kräfte (Kräfte) wegen Überbreitung der Vernehmung über das Vernehmungs- und Vernehmungs- und Vernehmung über die zweite Beratung des Reichstags fortgesetzt.

Bei Antrage: „Zentralverwaltung" befragt.
Abg. Gieshoff (fr. Wg.) Wängel im Zielverbleib und fragt, welche Beträge der Reichstagskasse aus dem Erlöse in und ausländischer Märkten zufließen.

Zentralverwaltung: Kräfte. Die Reichstagskasse verläuft keine alten Marken an Händler, sondern benutzt sie zur Verbilligung ihrer Sammlungen.

Bei dem Titel „Betriebsverwaltung" haben sich die Wg. Kräfte (Kräfte), Kräfte (Kräfte) und Kräfte (Kräfte) zum Worte gemeldet, sind aber beim Namensaufzug nicht im Stande, wie der Herrichter unter großer Heiterkeit des Hauses beiseite geschoben.

Abg. Bahig (NL): Ich beglückwünsche. (Erneute Heiterkeit.)
Abg. Gieshoff (fr. Wg.) bringt die Wohnungs- und Gesundheitsverhältnisse der Volkswirtschaft im Anstande und in den Kolonien zur Sprache.

Zentralverwaltung: Kräfte: Ich freue mich, daß ein Mitglied der freireichigen Volkspartei dafür eintritt, daß wir größere Ausgaben für die Kolonien machen. (Heiterkeit.) Widerspruch des Abg. Gieshoff. Wir werden für die Einbeziehung der Beamten alles tun, um deren Gesundheitsverhältnisse zu verbessern.

Zentralverwaltung: Kräfte: Der Zentralverwaltung hat meinen politischen Freund natürlich mitzubedenken. (Zustimmung.) Wiederholung der Redeüberweisung auszuführen.

Abg. Gieshoff (Soz.) bringt seinen der Reichstagsverhältnisse über die Vernehmung ihrer Dienstleistungen. Der Herrichter ist für die Damen sehr anstrengend, sie sitzen vielfach an Arbeitstische um. Wenn die Damen einmal den Saal verlassen wollten, müßten sie

verhandelt waren; die Abschnürungen bringen in der That die den Besatz der einzigen Entschärfung seitens der Freiwirtschaft...

7. Wegen Ausban von Babenbergstraße auf der Straße zwischen der Babenberg- und der Seelenerstraße...

8. Der Vertrag ist zu vereinbaren, weil Herr Ruppel und die Stadt einseitig die Hospitalverwaltung die einzigen Anlieger der Straßenseite sind...

9. Der Vertrag ist zu vereinbaren, weil Herr Ruppel und die Stadt einseitig die Hospitalverwaltung die einzigen Anlieger der Straßenseite sind...

10. Der Vertrag ist zu vereinbaren, weil Herr Ruppel und die Stadt einseitig die Hospitalverwaltung die einzigen Anlieger der Straßenseite sind...

11. Der Vertrag ist zu vereinbaren, weil Herr Ruppel und die Stadt einseitig die Hospitalverwaltung die einzigen Anlieger der Straßenseite sind...

12. Der Vertrag ist zu vereinbaren, weil Herr Ruppel und die Stadt einseitig die Hospitalverwaltung die einzigen Anlieger der Straßenseite sind...

13. Der Vertrag ist zu vereinbaren, weil Herr Ruppel und die Stadt einseitig die Hospitalverwaltung die einzigen Anlieger der Straßenseite sind...

14. Der Vertrag ist zu vereinbaren, weil Herr Ruppel und die Stadt einseitig die Hospitalverwaltung die einzigen Anlieger der Straßenseite sind...

15. Der Vertrag ist zu vereinbaren, weil Herr Ruppel und die Stadt einseitig die Hospitalverwaltung die einzigen Anlieger der Straßenseite sind...

16. Der Vertrag ist zu vereinbaren, weil Herr Ruppel und die Stadt einseitig die Hospitalverwaltung die einzigen Anlieger der Straßenseite sind...

17. Der Vertrag ist zu vereinbaren, weil Herr Ruppel und die Stadt einseitig die Hospitalverwaltung die einzigen Anlieger der Straßenseite sind...

18. Der Vertrag ist zu vereinbaren, weil Herr Ruppel und die Stadt einseitig die Hospitalverwaltung die einzigen Anlieger der Straßenseite sind...

19. Der Vertrag ist zu vereinbaren, weil Herr Ruppel und die Stadt einseitig die Hospitalverwaltung die einzigen Anlieger der Straßenseite sind...

20. Der Vertrag ist zu vereinbaren, weil Herr Ruppel und die Stadt einseitig die Hospitalverwaltung die einzigen Anlieger der Straßenseite sind...

21. Der Vertrag ist zu vereinbaren, weil Herr Ruppel und die Stadt einseitig die Hospitalverwaltung die einzigen Anlieger der Straßenseite sind...

22. Der Vertrag ist zu vereinbaren, weil Herr Ruppel und die Stadt einseitig die Hospitalverwaltung die einzigen Anlieger der Straßenseite sind...

23. Der Vertrag ist zu vereinbaren, weil Herr Ruppel und die Stadt einseitig die Hospitalverwaltung die einzigen Anlieger der Straßenseite sind...

24. Der Vertrag ist zu vereinbaren, weil Herr Ruppel und die Stadt einseitig die Hospitalverwaltung die einzigen Anlieger der Straßenseite sind...

25. Der Vertrag ist zu vereinbaren, weil Herr Ruppel und die Stadt einseitig die Hospitalverwaltung die einzigen Anlieger der Straßenseite sind...

26. Der Vertrag ist zu vereinbaren, weil Herr Ruppel und die Stadt einseitig die Hospitalverwaltung die einzigen Anlieger der Straßenseite sind...

27. Der Vertrag ist zu vereinbaren, weil Herr Ruppel und die Stadt einseitig die Hospitalverwaltung die einzigen Anlieger der Straßenseite sind...

28. Der Vertrag ist zu vereinbaren, weil Herr Ruppel und die Stadt einseitig die Hospitalverwaltung die einzigen Anlieger der Straßenseite sind...

Konstantinopel, 22. Febr. Die ottomanische Bank schloß mit der Pforte einen Vertrag von 200 000 türkischen Pfund ab...

Bombay, 22. Febr. Ein Teil der Garnison von Quetta, darunter ein britisches Regiment und eine Batterie Gebirgsartillerie...

Weiter-Kassisten auf Grund der Berichte der deutschen Gewerke in Hamburg. (Nachdruck verboten.)

Mittwoch, 24. Februar: Milde, angenehm, nachts kalt, meist trocken.

Donnerstag, 25. Februar: Wolkig mit Sonnenschein, nahe Null, trocken.

Wasserstände. Nach amtlichen Nachrichten der Königl. Eichstamm-Verwaltung.

Table with columns for location (e.g., Halle, Krotzsch, Weiskirchen) and dates (22. Febr., 23. Febr.), showing water levels and changes.

Börsen- und Handelsteil. Tages-Marktwerte. — Berlin, 22. Februar. (Berliner Produktenbörse.) Die amtlich festgestellten Werte waren am Vortage...

Waren- und Frachtkursberichte. * Hamburg, 22. Febr. Weizen feinsten, holsteinischer und mecklenburger 172-185. Getreide...

Table with columns for location (e.g., Königsberg i. Pr., Zülch, Danzig) and dates, showing market values and prices.

Table with columns for location (e.g., Gelsenberg, Hannover) and values, showing market data.

Table with columns for location (e.g., Königsberg i. Pr., Breslau) and values, showing market data.

Table with columns for location (e.g., Königsberg i. Pr., Breslau) and values, showing market data.

Table with columns for location (e.g., Königsberg i. Pr., Breslau) and values, showing market data.

Table with columns for location (e.g., Königsberg i. Pr., Breslau) and values, showing market data.

Table with columns for location (e.g., Königsberg i. Pr., Breslau) and values, showing market data.

Table with columns for location (e.g., Königsberg i. Pr., Breslau) and values, showing market data.

Table with columns for location (e.g., Königsberg i. Pr., Breslau) and values, showing market data.

Table with columns for location (e.g., Königsberg i. Pr., Breslau) and values, showing market data.

